

Dorsten, 29. November 2023

Lutz Ludwig
Ratsherr der Freien Demokraten
im Rat der Stadt Dorsten
Sachkundiger Bürger der
Kreistagsfraktion RE

fraktion.dorsten@freie-
demokraten.de
www.fdp-dorsten.de

Holtrichtersweg 22
46284 Dorsten

Haushaltsrede des Rats Herrn Lutz Ludwig vom 29.11.2023, FDP Dorsten

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren.

Eine Wiederholung der Worte aus dem Vorjahr und dem vorherigen
Vorjahr und so weiter beabsichtige ich Ihnen zu weiten Teilen zu
ersparen.

**„Man muss sich auch mal ehrlich machen“, oder „Schuld sind
grundsätzlich die anderen“**

Meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die Aufgaben dieser Zeit werden umfangreicher, die Steuerzahler
dagegen werden weniger. Es zeigt sich, dass ein Umdenken im Hinblick
auf das Geld unserer Bürger dringend notwendig ist.

Hat die FDP im Rat dieser Stadt in der letztjährigen Haushaltsrede darauf hingewiesen, Kardinalfehler vergangener Jahrzehnte nicht zu wiederholen, sowie die bestmögliche Planungssicherheit für eine zukunftsorientierte und sichere Entwicklung kommender Generationen im Blick zu haben, so scheint dies nicht verfangen zu haben.

Die FDP hat in den letztjährigen Verhandlungen zum Haushalt kluge Begrenzungen von Ausgabenwünschen angemahnt.

Zur Finanzierung des Haushaltes 2023 wurden die Erhöhung der Grundsteuer B, sowie eine Anhebung der Gewerbesteuer umgesetzt. Die Personalpolitik wurde mit Augenmaß angegangen, die Digitalisierung der Verwaltung forciert.

Schauen wir dagegen auf die geforderte Reduzierung von Sachkosten und Dienstleistungen, so wurde diese vollkommen konterkariert.

Wie leben seit Jahrzehnten im Dispo und denken dennoch, wir könnten auf diesem Weg immer unbeschwert weitergehen.

Originäre Aufgaben wie die Erhaltung der Infrastruktur und auch damit das Schaffen von Werterhalt, beziehungsweise das dem Wertverlust Entgegenwirken, ist eine der Hauptaufgaben unserer Stadt. Dafür zahlen die Bürgerinnen und Bürger Dorstens.

Wie jedoch zuvor erwähnt, werden Aufgabenfelder erweitert, oder bestehende Felder vergrößert. Kosten steigen, oder explodieren gleich komplett. Neben dem Staatsumbau hin zu mehr Ökologie in Wirtschaft, Verwaltung und bei den Bürgern, stehen Migrationsfragen und Krisenbewältigungen ganz oben auf der Rechnung, wenn es um kommunale Haushalte geht.

Hatte der Bund im Jahr 2022 ein Finanzierungssaldo von €127.279.000.000,00, so befassten wir uns kommunal für das Haushaltsjahr 2024 ja „lediglich“ mit einer Unterdeckung von gut €14.300.000,00. Sicher, zwei Ebenen, welche betreff der Summen nicht vergleichbar sein können! Aber die Tendenz ist doch auf allen Ebenen, vom Bund bis hin zur kleinsten Gemeinde, dieselbe.

Aber schauen wir auf einzelne Aspekte. Wenn man den Bereich Arbeit und Soziales betrachtet, so sind für den Einzelhaushalt auf Bundesebene gut 171 Milliarden EURO für das Haushaltsjahr 2024 vorgesehen. Das sind gut 38,5% des Gesamthaushaltes und Aspekte dieser grundsätzlichen Entwicklung finden sich wie selbstverständlich auch in NRW wieder. Hierdurch wird der Dorstener Haushalt in immer größerem Maße belastet.

Ständig werden neue Standards geschaffen, oder bestehende erweitert. Betrachtet man die Erhöhung der LWL-Umlage, so geht diese einher mit dem Budgetzuwachs im Bereich „Arbeit und Soziales“ auf Bundesebene. 231,9 Millionen EURO avisiert der Umlageverband für 2024 an, 211,4 Millionen EURO durfte der Kreis Recklinghausen 2023 aufbringen.

Konkret bedeutet das, dass jeder Bürger des Kreises, wovon wir gut 620.000 haben, einen jährlichen Betrag ausschließlich für den LWL in Höhe von gut 374,00 EURO aufbringen muss.

Letztlich dient der Umlageverband nicht als Mittel zum Selbstzweck, sondern ist ausführendes Organ, welches gesetzliche Auflagen in praktische Tätigkeiten umsetzt.

Aber, meine Damen und Herren, wer kann sich die ausufernden Standards noch leisten?

„Wir“ pampern uns in einem Maße, das seit langem nicht mehr bezahlbar ist. Die immer weitere Ausdehnung von Sozialstandards hat längst nichts mehr mit notwendigem und menschenwürdigem Umgang zu tun.

Es lässt sich feststellen, dass der Staat immer mehr Aufgaben der Familie, Aufgaben des Individuums übernehmen soll und dies auch, u.a. bedingt durch Politiker mit ebensolcher Denkweise in den Parlamenten, umsetzt.

Dies zeigt einerseits, welche wertvollen „DIENST“ Familie leistet und an welchem Punkt wir inzwischen gelangt sind. Hierauf zu antworten, es sei die aktuelle Lebensrealität geht sowohl gesellschaftspolitisch, als auch finanzpolitisch an den Möglichkeiten unserer Gesellschaft vorbei.

Vergessen wird anscheinend = Erst muss erwirtschaftet werden, was verteilt werden kann!

Die Politik muss wieder lernen, mit dem Geld auszukommen, das die Bürgerinnen und Bürger erwirtschaften. Wir sind inzwischen ein Höchststeuerland, aber dennoch reichen die Einnahmen nicht aus, um alle gesetzlichen Aufgaben zu finanzieren. Dies liegt allerdings nicht an den Krisen der vergangenen Jahre, sondern an nicht nachhaltig finanzierten Sozialleistungen und Subventionen der Vergangenheit.

Wenn ich zurückdenke - Wüst, Laschet, Kraft, Scholz, Merkel, Schröder, - die Liste ließe sich über Jahrzehnte fortführen - so sind die Verantwortlichen in Land und Bund in den Reihen von CDU und SPD zu finden.

Für die FDP ist allerdings klar: Steuererhöhungen kommen für uns nicht infrage.

Ein weiteres Beispiel betrifft den Unterhalt für Kinder mit einer Steigerung von 20% der Jahre 2022 zu 2024. Die Kommune gewährt den sogenannten Unterhaltsvorschuss und ist natürlich gehalten, diesen wieder einzufordern. Dass man die Probleme auf Seiten der Unterhaltspflichtigen enorm vergrößert, gleichsam allerdings auch das der Kommunen, scheint bei solchen illusorischen Beschlüssen keine Rolle zu spielen.

Um eine ausgewogene Finanzierung unseres Haushaltes hinzubekommen, setzt man verstärkt auf eine eventuelle Altschuldenregelung und zudem auf das Entgegenkommen des Kreises bezüglich der Kreisumlage.

Wie lange warten wir allerdings bereits auf eine Altschuldenregelung?

Wie lange warten wir bereits auf die auskömmliche Gegenfinanzierung überantworteter Aufgaben, welche sich unsere Kommune nicht entziehen kann?

Und nun stellt man sich hin, beschuldigt den Bundesfinanzminister eine Altschuldenregelung nicht auf den Weg zu bringen.

Wenn wir auf die Blockade der Länder Bayern, CSU-geführt und Baden-Württemberg, Grün-geführt schauen, zeichnet sich ein anderes Lagebild!

Übrigens, dass die vor einigen Wochen angekündigte Regelung seitens unseres Ministerpräsidenten für 2024 sich auf 2025 verschieben soll – nun, ein Schelm wer hier an dieser Stelle taktieren im Hinblick auf Wahlen unterstellen würde.

Aber, dass nur am Rande, meine Damen und Herren.

Im Vorgriff und in der Hoffnung auf diese Regelung soll nun die sogenannte Ausgleichsrücklage als Spekulationsobjekt zur Reduzierung des Schuldenstandes Verwendung finden. Ja, dieses kommunale „Girokonto“ darf rechtlich betrachtet zur Verwendung herangezogen werden. Ob dies in Anbetracht weiterer möglicher Belastung auch künftiger Generationen politisch seriös ist, darf mit Skepsis betrachtet werden.

Die Stützung des Haushalts zudem durch Entgegenkommen des Kreises bei der Kreisumlage ist nicht die Beseitigung eines strukturellen Problems. Wie eine Schmerztablette bei dauerhaft anhaltenden Kopfschmerzen lindert sie die Schmerzen, beseitigt aber nicht die Symptome.

Darüber hinaus sind die Stellschrauben, um eine Kommune aus sich heraus auskömmlich zu finanzieren, Grundsteuer zu Lasten von Eigentümern und Mietern gleichermaßen, Gewerbesteuer zu Lasten des Gewerbes, äußerst gering.

Sendet man politische Weggefährten in Landesparlamente, oder nach Berlin, welche das Verständnis um die Basis demokratischen Handelns und die Auswirkungen dessen nicht in genügendem Maße haben?

Schaut man sich das Handeln zu vieler Akteure, zu vieler Entscheider an, so kann man durchaus zu diesem Schluss gelangen.

Wenn man nun darauf verweist, dass wir für Dorsten, seine Bürger und den betreffenden Haushalt verantwortlich sind und nicht für Landes- oder gar Bundeshaushalt, so werfen gerade auch die vorhergenannten Punkte Fragen auf.

Hierbei ist es auch erheblich zu kurz gegriffen, immer auf entstehende Sonderbelastungen, beispielsweise durch Covid und Ukrainekrieg zu schauen. Wir befinden uns auch ohne diese Themen seit Jahrzehnten in den roten Zahlen und profitierten in der Vergangenheit zumeist davon, dass genügend Beitragszahler dem Staat zur Verfügung standen.

Die deutsche Gesellschaft altert und steht damit vor großen Herausforderungen, etwa durch geopolitische Veränderungen oder ambitionierten Klimaschutz. Umso mehr wiegt die Last der Staatsverschuldung auf den Schultern einer geringeren Zahl an wirtschaftlich aktiven Menschen.

Ausgaben zurückfahren ist generationengerecht und somit Politikerpflicht.

Das man darüber hinaus die Migration als weiteres Übel ausgemacht hat, ist dabei Zeichen fehlender Selbstreflexion.

Ist Verantwortung so zu verstehen, dass man auf Biegen und Brechen einen Haushalt erstellt, welcher als enges Korsett kaum Agieren zulässt, oder ist es nicht auch Verantwortung den Bürgern gegenüber, die Bremse zu ziehen und endlich deutlich zu machen, dass es auf diesem Weg nicht weitergeht, dieser eine längst bekannte Sackgasse ist?

Die Landesregierung, genauer gesagt ihr CDU-Ministerpräsident, sagt nun zu, die mit dem Bund ausgehandelte Pauschale von 7.500,00 EURO pro Flüchtling zur Finanzierung der bestehenden Leistungen komplett an die Kommunen weiterzugeben. Die Bundesländer hatten 10.500,00 EURO gefordert. Der Ministerpräsident bezeichnet jedoch im selben Atemzug den Finanzkompromiss als "*ernüchternd*".

Vielleicht deshalb, weil man zuvor umnebelt bei nicht klarem Verstand war? Was hat man 16 Jahre lang getan, spätestens jedoch seit dem Jahr 2015?

Wo bitte sind die Taten dieser Landesregierung, welche die Entlastung kommunaler Haushalte voranbringen würde. Machen Sie in Ihren Reihen Ihre eigenen Hausaufgaben und zeigen nicht permanent mit dem Finger nach Berlin!

Meine Damen und Herren.

Die Unterteilung in Investiv und Konsumtiv wird zur Erläuterung in gute und weniger gute Verschuldung genutzt. Dabei ist es durchaus so, dass auch der Bürger in ähnlicher Art und Weise seine Finanzen aufgliedert. Wird ein Haus gebaut, so ist dies Investiv, der Flug in den Urlaub dagegen konsumtiv.

Nehmen wir an, dass dem Hausbau eine Spende von Oma zugutekommt, so haben wir im öffentlichen Haushalt umgekehrt ebenso die Zuwendung von Fördergeldern beispielsweise zu Bauprojekten. Was beiden nun aber gemein ist, ist und bleibt die Tatsache, dass die verbleibenden Kosten, gleich in welcher Höhe, beglichen werden müssen.

Fassen Sie dem besagten nackten Mann in die Tasche, sie werden nichts finden!

Wenn man schöne Bilder und Geschichten produzieren kann, kennt man sich über die Parlamentsgrenzen hinweg.

Wenn es darum geht, einer Überschuldung entgegenzutreten, darauf einzuwirken, dass Kommunen wieder Handlungsspielräume zurückgewinnen, dann kennt man die eigenen Parteifreunde plötzlich nicht mehr. Dann sind es plötzlich "die da Oben".

Es ist immer bequemer mehr Geld auszugeben, als zu sparen. Wir haben kein Einnahmenproblem, wir haben ein Ausgabenproblem. Hatte die Erhöhung der Forderungen gegenüber den Dorstener Bürgern im letzten Jahr noch ihre Berechtigung, kann man jetzt nur sagen:

"Alleine in Mehrheitsstärke im Rat, oder auch in Parlamenten zu sitzen, spart noch keinen einzigen Euro."

Sie haben die Manpower, gerne auch die Womenpower, also nutzen Sie diese für eine konstruktive Konsolidierung der Finanzen.

Der Kämmerer hat es nach Auffassung der FDP richtig zusammengefasst als er betonte:

„Ganz besonders gravierend finde ich aber, in einer Zeit, in der die Welt all zu deutlich gezeigt bekommt, wie wichtig Freiheit und Demokratie sind, in eben dieser Zeit müssen wir an allem sparen, was uns als Gesellschaft ausmacht und beschädigen einen der Grundpfeiler unseres Staates, die kommunale Selbstverwaltung.“

Sparen in der hier von vielen aufgezeigten Art und Weise greift zu kurz, geht an der Realität vorbei und belastet künftige Generationen Übergebühr.

Ein Zeichen im Verbund mit anderen Städten und Gemeinden zu setzen, wäre ein Agieren aus einer starken Gemeinschaft heraus.

Es entbehrt jedoch jeglicher Logik es nicht zu tun, sollte man allein diesen Weg beschreiten.

Denn ich frage Sie: „Wenn wir es nicht setzen, wer macht es dann?“ Auf wen wollen wir an dieser Stelle warten und vor allem, wie lange?

Hieraus folgend lehnen wir den Haushalt ab.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.
Für die Freien Demokraten in Dorsten



Lutz Ludwig
Ratsherr im Rat der Stadt
Dorsten, 29.11.2023